

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Herausgeber: Abonnementpreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Veretns-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Berlich-Damden).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,  
Veretnsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 3.

Berlin, Mittwoch, 11. Januar 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Das Schicksal des Arbeitskammergesetzes. — Die englische Sozialpolitik am Jahreswechsel. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

### Das Schicksal des Arbeitskammergesetzes.

Als die Mehrheit des Reichstages auch in der zweiten Lesung der Arbeitskammervorlage an der Einziehung der Staatswerkstättenarbeiter und der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre festhielt und dann die Nachricht ausstand, die dritte Lesung des Entwurfs solle erst im Februar stattfinden, da war man allgemein der Meinung, daß die Regierung Zeit gewinnen wollte, ein Kompromiß zustande zu bringen. Das auch für sie annehmbar gewesen wäre. Man rechnete damit, daß das Zentrum, wie auch bei vielen anderen Gelegenheiten, der Regierung in der Frage der Arbeitersekretäre einen Gefallen tun und umfallen würde. Ob in der Zwischenzeit Verhandlungen stattgefunden haben, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls aber muß das Zentrum wohl, entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, diesmal festgeblieben sein, so daß die Aussichten auf das Zustandekommen eines Kompromisses sehr gering geworden oder gar völlig geschwunden sind. Darauf deutet wenigstens folgende Notiz hin, die von einer offiziellen bedeutenden Korrespondenz verbreitet wird: „Man hat bekanntlich die dritte Lesung über den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes bis Ende Februar verlagert, scheinbar, um noch die Möglichkeit zu bieten, über den übrigen Punkt, Wählbarkeit der Arbeitersekretäre, zu einer Verständigung zu gelangen. Indessen stellt sich mehr und mehr heraus, daß der Kreis, dem tatsächlich an dem Zustandekommen des ganzen Gesetzes noch etwas gelegen ist, und dem daher eine Verständigung zwischen den Anschauungen der Reichsregierung und denen der Reichstagsmehrheit am Herzen liegen müßte, doch ein äußerst beschränkter ist. Man ist je länger desto mehr zu der Ueberzeugung gekommen, daß die aus theoretischen sozialpolitischen Erwägungen verlangten Arbeitskammern in der Praxis bei weitem nicht die Bedeutung haben würden, die man ihnen ursprünglich beimah, und daß die Kammern für den sozialen Frieden keineswegs erhebliche Leistungen erwarten lassen. Aus diesen Erwägungen heraus scheint die Regierung zu einem Kompromiß über die Frage der Arbeitersekretäre erheblich in der Annahme begriffen zu sein. Es besteht eben auf keiner Seite eine wirkliche Begeisterung für die Errichtung von Arbeitskammern mehr. Und selbst die Arbeitersekretäre, auf deren Mitwirkung die Reichstagsmehrheit so großen Wert legt, scheinen der Errichtung von Arbeitskammern recht gleichgültig gegenüber zu stehen. So gewinnt es denn den Anschein, daß die Vorlage, um deren Einbringung der Reichstag 18 Jahre lang gekämpft hat, endgültig scheitern wird, um dann voraussichtlich niemals wieder zu neuem Leben zu erwachen, nicht weil über eine grundlegende Frage eine Verständigung nicht zu erzielen wäre, sondern weil das ganze Prinzip sich als ungeeignet erwiesen hat, die Hoffnungen zu erfüllen, die man ursprünglich daran knüpfte. In gut unterrichteten Kreisen betrachtet man heute den Arbeitskammergesetzentwurf als endgültig gescheitert.“

Diese Mitteilungen klingen so trostlos, daß man am liebsten auf jede Kritik verzichteten möchte. Trotzdem wollen wir bei der Bedeutung, die wir dem Arbeitskammergesetz beimessen, ihnen einige Worte widmen. Da müssen wir zunächst entschieden in Abrede stellen, daß der Kreis, dem an dem Zustandekommen des Arbeitskammergesetzes etwas gelegen ist, nur ein äußerst beschränkter sei. Die gesamte deutsche Arbeiterchaft legt großes Gewicht auf die Verabschiedung des Gesetzes, und weit über

die Kreise der Arbeiterchaft hinaus ist ein lebhaftes Interesse daran zu beobachten. Von einer besonderen Begeisterung kann allerdings keine Rede sein. Daran aber hat einzig und allein die Regierung Schuld, daß der Entwurf in so verwässerter Form an den Reichstag gekommen ist. Wider besseres Wissen, möchten wir sagen, wird weiter die Behauptung aufgestellt, daß selbst die Arbeitersekretäre der Errichtung von Arbeitskammern gleichgültig gegenüber ständen. Woher mag die offiziöse Korrespondenz diese ihre Wissenschaft wohl haben? Wenn sie auch nur lose Beziehungen zu Arbeiterorganisationsbeamten hätte, gleichviel welcher Richtung, hätte sie eine solche Behauptung nicht aussprechen können. Um aber gar keine Zweifel bestehen zu lassen, stellen wir noch einmal fest, daß alle Arbeiterorganisationen lebhaft wünschen, daß das Arbeitskammergesetz in der vom Reichstage beschlossenen Fassung Gesetz wird. Damit ist auch die Behauptung widerlegt, daß die Arbeitersekretäre selbst auf ihre Wählbarkeit kein Gewicht legen.

Leider wird mit dieser Feststellung nichts erreicht werden. Die Regierung will offenbar die Vorlage überhaupt nicht verabschieden und braucht dazu einen Vorwand. Als solchen benutzte sie den Beschluß des Reichstages über die Arbeitersekretäre. Wir müssen unser tiefstes Bedauern über diese Haltung der Regierung zum Ausdruck bringen. Eine Fülle von Arbeit wird dadurch juristisch gemacht und die Einlösung eines kaiserlichen Versprechens hintertrieben. In dem bekannten Erlaß Kaiser Wilhelms II. vom 1. Februar 1890 wurde bereits die Schaffung von neuen sozialpolitischen Organen in Aussicht gestellt, die den Arbeitern den freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit geben sollen, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten. Damit konnten nur Einrichtungen wie Arbeitskammern gemeint sein. Benutzt wurde das Versprechen so aufgefaßt, und dieser Auffassung ist auch nie widersprochen worden. 18 Jahre hat es gedauert, bis sich die Reichsregierung zur Einlösung des kaiserlichen Wortes entschloß. Beinahe drei Jahre haben danach die Beratungen über den Entwurf und die Erörterungen in der Presse gedauert, und nun auf einmal soll das Gesetz an der Frage der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre scheitern! Offen gestanden, wir glauben nicht, daß dieses Moment das ausschlaggebende für das Verhalten der Regierung ist, sind vielmehr fest überzeugt, daß andere Gründe mitwirken. Wer weiß, was sich da wieder hinter den Kulissen zutragen hat. Wir können uns des Gefühls nicht erwehren, daß auch hier wieder der Zentralverband Deutscher Industrieller und andere Schachtmacherorganisationen ihre Hand im Spiele gehabt und ihren Einfluß dahin geltend gemacht haben, daß die Regierung die Vorlage scheitern lassen will. Diese Auffassung wird auch in anderen sachverständigen Kreisen vertreten.

Wenn das Gesetz jetzt durch den Widerstand der Regierung nicht zustande kommt, so hat diese allein die Verantwortung dafür zu tragen und sich selbst die Schuld zuzuschreiben, daß die Unzufriedenheit und Erbitterung in der Arbeiterchaft immer größer werden. Dabei hat sie noch nicht einmal die Gewißheit, daß nicht über kurz oder lang von neuem die Entscheidung über eine Arbeitskammervorlage zu treffen ist. Denn die Bemerkung in der offiziellen Korrespondenz, daß die Vorlage niemals wieder zu neuem Leben erwachen werde, ist durchaus hinfällig. Das kommt doch einzig und allein

auf den Reichstag an. Wenn hier eine Mehrheit für eine derartige Vorlage vorhanden ist, so wird sie eben eingebracht und angenommen werden, gleichviel ob die Regierung will oder nicht, und wir sind der Ueberzeugung, daß die Regierung auch auf die Dauer ihren Widerstand nicht wird aufrecht erhalten können. Schon von diesem Gesichtspunkte aus würde sie wirklich klüger handeln, wenn sie noch in letzter Stunde von dem Einfluß des Schachtmachertums freizumachen suchte und dem Entwurf in der vom Reichstage beschlossenen Fassung ihre Zustimmung erteilte. Allzu groß sind unsere Hoffnungen, daß sie das tut, freilich nicht.

### Die englische Sozialpolitik am Jahreswechsel.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

Das Jahr 1910 ist in England fast ohne jede neue gesetzgeberische Leistung auf sozialpolitischem Gebiete verlaufen. Das Hinausziehen einer endgültigen Entscheidung im Streite um die Rechte des Oberhauses, veranlaßt durch den Thronwechsel, die sich aufeinander folgenden langen Debatten über die Hojberg-Resolutionen und die veto-Resolution des Ministeriums und die Beratungen der Veto-Konferenz ließen kaum Zeit zur Erledigung der nötigen fälligen Arbeiten. Die einzigen sozialpolitischen Gesetze, die zur Annahme gelangten, betrafen den Zwang zur Ansdaffung von Rettungsapparaten für Kohlengruben und die Aufhebung der Bestimmung, daß der Bezug von Armenunterstützung das Recht auf Alterspensionen ausschließt. Unerledigt blieb bei der Auflösung des Parlaments das Lebenslöhngesetz. Die Aussichten für das neue Jahr sind nicht allzu rosig, da das Budget, die Verfassungsreform, die Entstaatlung der Kirche in Wales und vor allem die unsterbliche Home-Rule-Frage, d. h. die Frage der Selbständigkeit Irlands, fast die ganze Session in Anspruch nehmen werden und jedenfalls kaum für das Jahr 1912 Zeit für andere Fragen frei lassen. Die Versicherungsfrage und die Inangriffnahme der Reform des Armenwesens mit allen verbundenen Problemen scheint danach in unabsehbarer Ferne gerückt. Der einzige Trost, der den Arbeitern und den Sozialreformern bleibt, ist die in Aussicht stehende Legalisierung der politischen Tätigkeit der Trade Unions und die Erledigung derselben durch Zahlung von Parlamentsdiäten.

Die Arbeiterpartei kam trotz der finanziellen Schwierigkeiten, die ihr durch die Aufhebung der politischen Fonds der Trade Unions bereitet waren, aus den Dezember-Neuwahlen mit einem Gewinne von zwei Mandaten zurück, so daß nun die Abgeordnetenzahl vom Ende 1909 (43) fast wieder erreicht ist. Unter denen, die nicht wiedererhoben, befinden sich der Vertreter der Handlungsgehilfen Mr. Seddon und der frühere Vorsitzende der Partei Mr. Shackleton, der bekanntlich als Arbeiterbeirat in das Handelsministerium eingetreten ist. Erfreulich ist die Wiederwahl des beliebten Mitgliedes für Woolwich, Mr. Will Crooks. Von den liberalen Arbeiterabgeordneten bleibt nur noch einer übrig, John Ward, während Henry Vivian, der Führer der Arbeitergenossenschaften, seinem konservativen Gegner unterlag. Die drei liberalen Vergorbeiter, Burt, Fenwick und Wilson, nehmen ihre alten Plätze wieder ein, so daß, wenn man noch den Präsidenten des Local Government Boards, John Burns, zu den Arbeitermitgliedern rechnet, diese im neuen Hause in einer Gesamtheit von 47 gegen 46 vor den Wahlen und 57 vor den Januarwahlen vorhanden sind.

Die Stellung der Arbeiterpartei zu den Liberalen und zur Regierung hat sich durch die Wahlen nicht geändert. Die Partei nimmt immer noch die alte sympathisierende, aber doch reservierte Haltung ein, die sie nach den Januarwahlen als beste taktische Maßnahme beschlossen hatte. Für die nächsten Monate — bis zur Erledigung der Oberhausreform — wird sich dies auch kaum ändern. Später ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß die Unzufriedenheit über die Unterbrechung im Fortschritt der Sozialreform eine starke Oppositionsstimmung auslösen wird. Doch wer weiß, wie lange die liberale Regierung am Ruder bleiben wird. Man spricht, trotzdem das Parlament noch nicht eröffnet ist, bereits von einer dritten Neuwahl, deren Objekt die Home-Rule-Frage sein wird, und die vielleicht erhebliche Verschiebungen in der Zusammensetzung des Parlaments hervorruft.

**□ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.**

Es ist eine schon oft erwähnte Tatsache, daß in dem Rentenstreitverfahren der Unfallversicherung der Arbeiter schlechter gestellt ist als der Versicherungsnehmer. Zwar ist die formale Rechtsgleichheit gegeben. Wenn man von der ersten Rentenfestsetzung, die ja durch die Berufsgenossenschaft geschieht, abieht und die Lage der beiden streitenden Parteien vor den Schiedsgerichten und dem Reichsversicherungsamt betrachtet, so sind beide Gruppen gleichberechtigt. Sie haben in gleicher Weise ihre Schriftsätze einzureichen, können Anträge stellen, können Termine wahrnehmen und sich vertreten lassen. Genau, wenn die Gerichte die Gesetzbestimmungen so handhaben, wie sie gewollt waren, sind beide Teile formal gleichberechtigt.

In der Praxis liegt aber die Sache etwas anders. Da hat sich von jeher der Streit um die Beschaffung ärztlicher Gutachten gedreht. Die Berufsgenossenschaft, die jährlich Hunderte von Rentenstreitfällen erleidet, gewinnt in diesen Dingen eine gute Erfahrung. Der Verletzte, der in der Regel nur ein Streitverfahren zu führen hat, ist nicht mit allen gesetzlichen Bestimmungen vertraut. Es fehlt ihm vor allem die Erfahrung, woraus sich für ihn eine wesentliche Benachteiligung ergibt. Die Arbeiterorganisationen haben diesem Mangel zu steuern versucht durch Errichtung von Arbeitersekretariaten und durch unentgeltliche Vertretung am Reichsversicherungsamt. Wenn auch diese Vertreter im Laufe der Zeit eine große Menge Erfahrungen sammeln, so bleibt doch auch ihnen gegenüber die Berufsgenossenschaft dadurch überlegen, daß sie bessere Beziehungen zu Ärzten unterhalten muß und kann als die Arbeiter durch ihre Vertreter. Sie braucht in zweifelhaften Fällen nicht die Kosten zu scheuen, um sich ihr günstige ärztliche Gutachten zu beschaffen.

Ueber viele Krankheitserscheinungen am menschlichen Körper sind auch die Ansichten der Ärzte sehr verschieden. Während der eine Arzt es z. B. für möglich hält, daß aus einem Stoß am Rnie eine Knochentuberkulose entstehen kann, hält der andere diese Entstehungsart für ausgeschlossen. Oder der eine Arzt hält es für möglich, daß durch einen starken Stoß gegen die Brust eine Lungentuberkulose hervorgerufen werden kann, während der andere Arzt dies für unmöglich erklärt und behauptet, wenn nach dem Unfall die Lungentuberkulose hervorgetreten sei, so müsse sie vorher schon vorhanden gewesen sein. Und solche Streitfragen gibt es ungezählt. Da die Berufsgenossenschaft viele Gutachten einholt und auch sonst die medizinische Literatur verfolgt, weiß sie in solchen Streitfällen genau, auf welchem Standpunkte der Arzt steht, den sie zum Gutachten heranzieht, und sie trifft danach ihre Wahl. Dabei sind wir überzeugt, daß der Arzt nach bestem Wissen und Gewissen die Wahrheit sagt und nicht zugunsten der Berufsgenossenschaft färbt. Aber die Berufsgenossenschaft sucht sich eben den Arzt aus, der voraussichtlich so urteilen wird, wie sie geurteilt zu leben wünscht.

Diesen Tatsachen gegenüber hat in der Arbeiterversicherung von jeher das Bestreben bestanden, auch vom Verletzten aus ärztliche Gutachten beizubringen, die dann mehr zu seinen Gunsten lauten. Jedoch haben sich mit den Jahren immer mehr Schwierigkeiten herausgestellt. Diese von den Arbeitern herbeigezogenen Gutachter sind, das muß leider gesagt werden, mehr als einmal von ihren Klienten angelegen worden und haben sich deshalb gesagt, daß sie, um diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, in Zukunft für Arbeiter keine Gutachten mehr ausstellen. In vielen anderen Fällen kommt der vom Arbeiter herangezogene Gutachter zu derselben Ansicht wie der Gutachter der Berufsgenossenschaft, und da unter diesen Umständen kein Gutachten für den Arbeiter keinen Wert hätte, so lehnt er es ab, ein solches zu erstatten. Oft glaubt

aber dann der Arbeiter, der Arzt fürchte sich, etwas zugunsten des Verletzten zu sagen.

So erwünscht es nun manchmal ist, daß von Seiten des Arbeiters ein Gutachten beigebracht wird, so unerwünscht ist es aber, wenn sich Ärzte finden, die dem Arbeiter ein ungewöhnliches Gutachten erstatten. Da nämlich die Mehrzahl der Ärzte es überhaupt ablehnt, Gutachten zu erstatten, so haben sich in einigen Fällen Ärzte gefunden, die bereit sind, alles, was man von ihnen verlangt, zu begutachten und sich dafür bezahlen lassen. Es gibt in allen Teilen des Reiches einzelne Ärzte, die es mit der Wahrheit nicht gar so genau nehmen, sondern, um sich einen Verdienst zu verschaffen, manchmal den größten Unfuss in ein Gutachten hineinzu schreiben für Geld und gute Worte. Der Sachkenner, d. h. derjenige, der viel in Unfallrentensachen arbeitet, kennt in der Regel diese Ärzte; denn da sie meist weit und breit der einzige Arzt sind, der für Verletzte Gutachten schreibt, so spricht sich diese Bereitwilligkeit bald herum. Der eine sagt es dem anderen, und jeder, der eine Unfallrentensache hat, glaubt sich verpflichtet, zu jenem Arzte hinzugehen, um sich ein recht teures Gutachten zu beschaffen. Damit ist aber dem Interesse des Verletzten wenig gedient. Denn so gut wie wir die Herren Dr. Schwindelmeier kennen, ebenso gut kennt sie z. B. das Reichsversicherungsamt. Die Namen dieser Herren tauchen eben immer wieder auf, und immer wieder zeigt sich, daß ihre Gutachten nichts weiter sind als ein Betrug dem Verletzten gegenüber. Es kommt eben nicht darauf an, daß man ein Gutachten hat, sondern es kommt darauf an, was in dem Gutachten drin steht, und ob das, was behauptet wird, sich an Krankheitserscheinungen bei neuer Kadriprüfung bestätigt findet. Man lese sich deshalb vor und lasse sich Gutachten nur von zuverlässigen Ärzten ausstellen. Nicht der Arzt ist der beste, der einfach alles das bestätigt, was der Verletzte behauptet, sondern derjenige, der sich auf Grund genauer Untersuchung eine ehrliche Ueberzeugung bildet. Wenn z. B. solche Ärzte in Gutachten auf allerlei Fragen eingehen, die mit der ärztlichen Beurteilung nichts zu tun haben, z. B. darauf, ob der Mann eine höhere oder niedrigere Lohn bezieht, so sind das wertlose Darlegungen, und der Verletzte schadet sich mit einem schlechten Gutachten mehr, als ihm durch eine gute Vertretung genutzt werden kann. Denn wenn von solchen als leichtfertig bekannten Ärzten Gutachten an das Reichsversicherungsamt gelangen, so wird bei dem Gerichtshof sofort der Verdacht rege, der Verletzte wolle sich eine Rente erschleiden, und dann ist es in der Regel schon um den Erfolg seiner Sache geschehen.

**Allgemeine Rundschau.**

Dienstag, den 10. Januar 1911.

**Deutscher Seimarbeiter-Tag.** Von der Geschäftsstelle werden wir um Aufnahme folgender Notiz gebeten:

Da der Andrang zu der Tagung über Erwarten groß ist, so können Gastkarten nicht mehr ausgegeben werden. Doch ist für Zukünder auch ohne Gastkarten auf der Gallerie Gelegenheit, den Verhandlungen beizuwohnen. Es werden mehrere Hundert Seimarbeiter aus allen Landesteilen erwartet, außerdem haben die maßgebenden Behörden, die Gewerbeinspektionen, zahlreiche Reichstagsabgeordnete, sowie wichtige sozialpolitische Verbände offiziell ihre Beteiligung in Aussicht gestellt.

**Das Adressenverzeichnis der Deutschen Gewerksvereine** wird auch für das Jahr 1911 vom geschäftsführenden Ausschuss wieder herausgegeben. Um einen Ueberblick über die notwendige Auflage zu erhalten, wenden wir uns schon jetzt an die Ortsverbände mit der Bitte, Umfrage bei den angeschlossenen Ortsvereinen zu halten, wieviel Exemplare des Adressenverzeichnisses sie zu erhalten wünschen. Um PortoKosten zu ersparen, empfiehlt es sich, daß der Ortsverband die Bestellung übernimmt und dann für die Verteilung Sorge trägt. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Zahl der erforderlichen Adressenverzeichnisse festzulegen. Diejenigen Ortsverbände, die rechtzeitig ihre Bestellung machen, können sicher auf ihre Zustellung rechnen, während andererseits denjenigen Ortsverbänden, welche die rechtzeitige Bestellung veräumen, keinerlei Gewähr geboten werden kann, daß sie in den Besitz von Adressenverzeichnissen gelangen. Der Preis beträgt nach wie vor für das Exemplar 20 Pfg. Wir ersuchen nochmals dringend hieron Kenntnis zu nehmen und dem geschäftsführenden Ausschuss schon jetzt die Zahl der gewünschten Exemplare zu übermitteln.

**Die Lohnbewegung der Ruhrbergarbeiter.** Gemäß den Beschlüssen der Vertreter der drei ge-

meiniam vorgehenden Bergarbeiterorganisationen, des allen Verbandes, unseres Gewerksvereins der Bergarbeiter und der polnischen Berufsvereinigung, haben am Freitag und Sonntag im Ruhrrevier zahlreiche Versammlungen stattgefunden, die einen ungemein starken Besuch aufzuweisen hatten. In diesen Versammlungen wurde Stellung genommen zu den Antworten des Zechenverbandes und der preussischen Bergwerksdirektion in Kettlinghausen. Beschlössen wurde, daß die in einigen Punkten abgeänderten Forderungen namentlich durch die Arbeiter-Ausschüsse den einzelnen Grubenverwaltungen eingereicht werden sollen. Gleichzeitig soll an die Grubenverwaltungen das Ersuchen gerichtet werden, möglichst in der zweiten Hälfte des Januar Sitzungen des Arbeiter-Ausschusses einzuberufen, in denen nachstehende Forderungen zu besprechen sind:

1. Ab 1. Februar 1911 soll eine durchschnittliche Lohnerhöhung von fünfzehn Prozent eintreten; mindestens aber sollen die Löhne der einzelnen Arbeiterkategorien auf dieselbe Höhe gebracht werden, die sie im vierten Quartal des Jahres 1907 hatten.

2. Das Verbauen der Strecken usw. soll nicht im Kohlengebirge betradet werden, sondern im Interesse der Sicherheit der Arbeiter und des Verbauen der Strecken sowie sonstigen Nebenarbeiten besonders verrechnet beziehungsweise bezahlt werden.

3. Die Zechenverwaltung soll ersucht werden, beim Zechenverbände ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Zwangsarbeitsnachweis in einen varitätischen umgewandelt wird.

Auf die die Knappschaftskassen betreffenden Forderungen ist darin zurückgegriffen worden, da die Arbeiter-Ausschüsse nicht das Recht haben, diese Forderungen zu vertreten. Die Verwirklichung derselben wird den Knappschaftskassen überlassen, mit dem Anbegehren, zum Zwecke der Durchführung der verlangten Reform die nötigen Schritte einzuleiten. Es wird den Arbeiter-Ausschüssen aber empfohlen, die Grubenverwaltungen zu ersuchen, der Erfüllung der Knappschaftsforderungen in einer zu diesem Zwecke etwa einberufenen außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Auch am nächsten Sonntag werden solche Bergarbeiterversammlungen stattfinden, die sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigen. Der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter hatte zum letzten Sonntag ebenfalls eine kleine Anzahl von Versammlungen einberufen, in denen die Redner das Verhalten der Organisationsleitung zu verteidigen suchten. Dabei kam es mehrfach zu lebhaften Auseinandersetzungen mit Vertretern der anderen Organisationen.

**Arbeiterbewegung.** In der Pumpen- und Maschinenfabrik von Weite u. Wonski in Halle a. S. sind wegen Entlassung mehrerer Arbeiter etwa 200 Dreher und Maschinenklojler in den Streik getreten. — Auf den Kaliverken in Aichersleben standen seit längerer Zeit die Arbeiter im Streik. Jetzt haben sie sich genötigt gesehen, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. — Auch der Streik der Gluuarbeiter in Eijenberg, der über 20 Wochen gedauert hat, muß als gescheitert angesehen werden. Die Fabrikanten konnten es ermöglichen, daß ein Teil ihrer Aufträge auswärts ausgeführt wurde. Unter diesen Umständen haben sich die Arbeiter genötigt, ohne daß ihnen Zugeständnisse gemacht wurden, ihre Tätigkeit wieder zu beginnen.

Die Auslandsbewegung im Lütticher Kohlengebiet hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Die in den oberhalb Lüttichs liegenden Minen beschäftigten Arbeiter haben beschlossen, in den Generalausland zu treten, dessen Beginn auf den gestrigen Montag festgesetzt wurde. Dadurch dürfte die Zahl der streikenden Kohlenarbeiter mit 23 000 nicht zu hoch berechnet sein. Es wird befürchtet, daß es im Laufe der Bewegung zu Unruhen kommt. — In Wien dauert der Streik der Konfektionsmeister und Schneidergesellschaften fort. Eine Anzahl der bedeutendsten Geschäfte hat die Forderungen der Ausständigen bewilligt. Trotzdem befinden sich noch 1500 Meister im Streik.

**Ueber Verbesserungen der Arbeitsbedingungen** auf der Kieler Reichswerft haben wir in unserer letzten Nummer einige irrtümliche Mitteilungen gemacht. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um Verbesserungen auf der Germania-Werft und den Howaldt-Werken, die mit dem 1. Januar in Kraft getreten sind. Außer den bereits gemeldeten Verbesserungen wurde den Arbeitern auch für die beiden ersten Ueberstunden ein Zuschlag von 25 Prozent, für weitere Ueberstunden ein solcher von 50 Prozent bewilligt. Was die

Kaiserlichen Werften anbetrifft, so bestehen für diese bereits die Zustände, wie sie jetzt erst auf den Privatwerften geschaffen worden sind.

Zum Verteidiger der „Arbeitgeber-Zeitung“ wirft sich in seiner letzten Nummer „Der Bund“, das Zentralorgan der gelben Gewerkschaften, auf. Die moralischen Dürrezeiten, welche die gelbe Sippe in unserem „Stagenjammerstimmung“ überschriebenen Leitartikel erhalten hat, haben offenbar so sehr gebrannt, daß „Der Bund“ auf den Plan tritt, um sich für den erlittenen Schmerz zu rächen. Unter Aufbietung eines gewaltigen Schimpfwörtersturms wird da erzählt, daß der „Gewerkverein“ fast in jeder Nummer die gelben Gewerkschaften bekämpfe. Das geschieht nur aus Mangel darüber, daß die Scharfmacher in die ihnen von den nationalen Arbeitern gebotene Bruderhand einzuschlagen sich bereit erklärt hätten. Weiter wird den Deutschen Gewerkschaften die nationale Gefinnung abgesprochen, weil sie ebenso wie die Christlichen bei verschiedenen Gelegenheiten mit den „freien“ Gewerkschaften zusammen vorgegangen seien. Das Prinzip der friedlichen Verständigung, an dem die Gewerkschaften früher festgehalten hätten, sei jetzt völlig von ihnen aufgegeben.

Die Kluft zwischen unseren Anschauungen und denen der Gelben ist so groß, daß es einfach unmöglich ist, uns mit ihnen prinzipiell auseinanderzusetzen. Nebenbei gesagt verbietet uns das auch die Achtung vor uns selbst. Bezeichnend jedenfalls ist es, daß ausgerechnet das Zentralorgan der Gelben den Neujahrsartikel des Scharfmacherblattes über den grünen Klee lobt, aber noch niemals ein Wort der Beurteilung gefunden hat, wenn dieses Scharfmacherorgan gegen die Arbeiterbewegung Stellung genommen hat. Das ist eben im Weien der Gelben begründet. Deshalb geht auch dem „Bund“ jedes Gefühl dafür ab, wie anständig es für den anständigen Teil der Arbeiterschaft sein muß, wenn man fortwährend von der „Arbeitgeber-Zeitung“ gelobt und gar empfohlen wird. Wir gönnen „Arbeitgeber-Zeitung“ und „Bund“ einander und beneiden beide um ihre gegenseitige Freundschaft nicht. Wenn aber der „Bund“ glauben sollte, daß seine Ausführungen auch nur den geringsten Eindruck auf uns machen, so ist er ganz gewaltig auf dem Holzwege. Auf sein Urteil pfeifen wir. Solche Elemente, die jedes Selbstbewußtsein aufgegeben haben, strafen wir mit Berachtung.

Ein neues Bleimerkblatt für Hüttenarbeiter ist vom Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. herausgegeben worden. Darin wird auf die Frage, wie eine Bleivergiftung entstehen kann, folgende Antwort erteilt:

„Die in Blei-, Zinn- und auch anderen Hütten vorhandene Gefahr der Bleivergiftung läßt sich vermeiden, wenn man die nötige Vorsicht gebraucht.“

Bleivergiftung erfolgt durch Aufnahme des Bleies in den Körper. Dies geschieht durch Einatmen des immer bleihaltigen Staubes und Rauchs oder beim Essen und Trinken, beim Rauchen, Schnupfen und Kauen von Tabak, wenn Speisei oder Tabak mit schmutzigen Händen und schmutzigem Gesicht und Bart geessen oder mit bleihaltigem Staub bedeckt in den Mund gebracht werden.

Bleifeist ist niemand. Das Blei sammelt sich bei den Unvorsichtigen im Körper an, und wer heute nicht erkrankt, kann morgen oder nach Wochen und Monaten erkranken.“

Das Merkblatt enthält aber auch Rat schläge, wie man sich vor einer Bleierkrankung hüten kann, und sagt darüber:

„Alle Hüttenarbeiter müssen reinlich sein. Dabei sollen sie besonders folgendes beachten:

1. In ihrem eigenen Interesse liegt es, die Abgabevorrichtungen in Stand zu halten und die von den Behörden und der Hüttenleitung erteilten Vorschriften genau zu befolgen, ferner besondere Arbeitskleider zu tragen, Mund- und Nasenschürzer zu benutzen und den Hüttenraum zu besprengen, wo es vorgeschrieben ist.
2. Von der höchsten Wichtigkeit ist es, daß man vor dem Raufen und nach der Arbeit Gesicht, Mund, Bart und Hände sorgsam reinigt. Man soll nie essen oder das Werk verlassen, bevor man die Arbeitskleider mit anderen vertauscht und sich gründlich gewaschen oder noch besser gebadet hat. Wer während der Arbeit trinkt, soll den Rand des Trinkgefäßes nicht mit schmutzigen Händen berühren. Besonders Wert lege man auf regelmäßiges Zähneputzen und Mundspülen.
3. Während der Arbeit soll man das Pfeifenrauchen sowie das Schnupfen und Kauen von Tabak, wobei stets Blei in den Mund kommt, unterlassen, da Verunreinigungen der Hände mit bleihaltigen Stoffen nicht zu vermeiden sind. Das Anzünden der Pfeife mit glühender Raumaufgabe ist wegen der Gefahr des Einatmens von Bleidämpfen höchst gefährlich.

Man muß aber auch seinen Körper gegen die Wirkungen des Bleies schützen. Dazu muß man vor allem im Trinken mäßig sein. Unter keinen Umständen sollen Hüttenarbeiter Branntwein trinken, auch nicht außerhalb der Hütte. Aber auch Teute, die andere geistige Getränke in reichlichen Mengen genießen, neigen viel mehr zur Bleierkrankung als ganz Enthaltene.

Von Wert zur Vorbeugung gegen die Bleivergiftung ist eine kräftige und fettreiche Nahrung, also z. B. Milch und Speid; besonders zu empfehlen sind Schlimpsuppen vor der Arbeit. Nie beginne man die Arbeit mit leerem Magen.

Und dann: In freier Zeit gehe man in freie Luft! Marschieren, Turnen, Spazierengehen, Arbeit im Garten und Feld hilft über manche Schwädigung hinweg.

Glaubt jemand an Bleivergiftung erkrankt zu sein, so wende er sich in seinem und seiner Familie Interesse sofort an den Kassenarzt.

Das Merkblatt ist vom Institut für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Börnenstr. 191, zu beziehen.

T. Der Weltvorrat an Eisen. Während man sich über die zunehmende Erichöpfung der Kohlenlager ernste Gedanken macht, braucht die Frage, wann der Mensch nicht mehr genug Eisen haben wird, vorläufig keine Sorge zu erregen. Immerhin ist es selbstverständlich wertvoll und eigentlich eine Pflicht, sich darüber Rechenschaft zu geben, wie lange die Eisenerzen in den verschiedenen Ländern noch ausreichen werden. Drei vorzügliche Abhandlungen von Professor Beylich lag und de Vauvay in den Bergwirtschaftlichen Mitteilungen der Zeitschrift für praktische Geologie geben darüber Aufschluß. Danach sind sieben Staaten in der erfreulichen Lage, über mehr als eine Milliarde Tonnen an Eisenerzen in ihrem Boden zu verfügen. An der Spitze stehen die Vereinigten Staaten mit 4,3 Milliarden. Dann folgt das Gebiet von Neufundland, das trotz seiner beschränkten Ausdehnung für sich allein 3,6 Milliarden Tonnen birgt, das heißt ebensoviele wie Deutschland. Dazu kommt noch, daß die neufundländischen Erze noch reicher sind als die deutschen. Weiterhin folgen Frankreich mit 3,3, die Insel Kuba mit 1,9, Schweden mit 1,2 und Großbritannien mit 1,3 Milliarden. Großbritannien steht trotz seiner etwas größeren Ziffer hinter Schweden jurid, weil seine Erze ärmer sind. Als eine zweite Gruppe wird eine Reihe von sieben Staaten abgeordnet, die wenigstens mehr als 100 Millionen Tonnen an Eisenerz ihr eigen nennen. Diese sind der Reihe nach Rußland, Spanien und dann in weitem Abstand Norwegen, das kleine Luxemburg, Desterreich, Ägypte nebst Tunis und Griechenland. Als besonders auffallend wird die Tatsache hervorgehoben, daß ganz Afrika, Asien und Australien vergleichsweise eisenarm zu sein scheinen. In dieser Hinsicht könnte vielleicht nur noch China eine Ueberreichung bereiten, wo Eisenerz zweifellos weit verbreitet, aber vielleicht nicht besonders ergiebig ist. Für Deutschland sind die Eisenbezirke in Lothringen die wichtigsten und gebaltreichsten; demnachst folgen die Gebiete von Hfede im Sannöverscher Braunkohlengebiet, dann die im Bezirk der Lahn und Dill und im Siegerland.

Amerikanische Gewerksvereine. In einer der letzten Nummern des „Bulletin des New York State Department of Labour“ (Nachrichten der Abteilung für Arbeitermeien in der Regierung des Staates New-York) wurde der Bericht gemacht, die Gesamtstärke der amerikanischen Gewerksvereine festzustellen. Die größte Schwierigkeit bei diesem Unternehmen liegt darin, daß die meisten der größeren Gewerksvereine über den ganzen nordamerikanischen Kontinent ausgebreitet sind und in den Berichten kein Unterschied zwischen den amerikanischen und kanadischen Zweigvereinen gemacht wird. Als Gesamtmitgliedszahl der wichtigsten Trade Unions im Jahre 1909 wurde festgestellt

|   |            |
|---|------------|
| American Federation of Labour (Amerik. Arbeiter-Bund) | 1 524 700  |
| Independent Railway Union (Eisenbahner)               | 282 036    |
| Anderer unabhängige Trade Unions                      | 138 688    |
|   | 1 945 424. |

Die Ziffern für die erstgenannte Vereinigung sind festgestellt nach den jährlichen Mitgliedsbeiträgen; die wirkliche Mitgliedszahl soll jedoch erheblich höher sein. Die Zigarrenmacher z. B. hatten nach dem Bericht ihres Sekretärs 39 800 zahlende Mitglieder, am Ende des Jahres waren jedoch 51 477 zahlende Mitglieder in den Listen geführt. Für die unabhängigen Unions wurden die Ziffern in manchen Fällen von den Zentralsekretären geliefert oder nach der Zahl der Unterstützungsberechtigten abgeschätzt.

Neben den oben genannten Gruppen bestehen noch eine Anzahl Vereinigungen, für die Ziffern

nicht erhältlich sind, so z. B. die „Knights of Labour“ (Ritter der Arbeit), die „American Labour Union“ (Amerik. Arbeiter-Union) und die „Western Federation of Miners“ (Westliche Vereinigung der Bergleute). Das Bulletin schätzt für diese Organisationen eine Gesamtzahl von ungefähr 550 000 Mitgliedern. Mit diesen und bei einer Addition zu der Ziffer für die American Federation of Labour für die Unterschätzung, ergibt sich für das Jahr 1909 eine Ziffer von ungefähr 2 500 000 organisierten Arbeitern.

Die Masse der gezahlten Unterstützungen entfällt auf Sterbefallbeihilfen. Die Gesamtsumme für das Berichtsjahr betrug 5 151 020 Mark, davon 205 000 Mark für die Ehefrauen von Mitgliedern. Die hieran beteiligten 57 Trade Unions hatten insgesamt 741 800 Mitglieder. Krankenunterstützung wurde in Höhe von 3 049 820 Mark von 21 Unions mit 487 400 Mitgliedern gezahlt. Ferner Reiseunterstützung 216 540 Mark von 4 Unions mit 55 300 Mitgliedern, Arbeitslosenunterstützung 2 016 780 Mark von 8 Unions mit 114 000 Mitgliedern.

Die Nachtarbeit der Kinder in Frankreich. Das französische Gesetz, das die Kinder- und Frauenarbeit regelt und im Prinzip die Nachtarbeit für Jugendliche unter 18 Jahren verbietet, enthält die Ausnahme, daß in den Fabriken mit ununterbrochenem Feuer volljährige Frauen und Kinder männlichen Geschlechts alle Tage der Woche, auch in der Nacht für die unentbehrlichen Arbeiten verwendet werden können unter der Bedingung, daß ihnen mindestens ein möglicher Ruhetag gewährt wird. Auf Grund dieser Ausnahme werden nun Tausende von Kindern durch die anstrengendste Nachtarbeit einem vorzeitigen Tode zugeführt. Zwei Industrien, und zwar diejenigen, die weitans die meisten Kinder beschäftigen, die Metallurgie und die Gläsereien, sind nach den Berechnungen der Beteiligten unbedingt auf diese Nachtarbeit der Kinder angewiesen. Für die metallurgischen Betriebe und die Hochöfen beläuft sich der Prozentatz der jugendlichen Arbeiter auf 10 v. H. 1907 wurden rund 5000 Kinder auf 50 000 in der französischen Metallurgie Beschäftigte gezählt. Wenn man nun bedenkt, daß in dieser Industrie in dem gleichen Jahre 32 000 Unfälle vorkamen, so sieht man, wie sehr das Leben der Kinder durch diese Arbeit im allgemeinen und durch die Nachtarbeit im besonderen gefährdet wird. Indefsen ist in dieser Industrie die Nachtarbeit noch lange nicht so gefährlich wie in der der Glashütten. Der Prozentatz der Kinder in dieser Industrie ist auch viel höher als in der Metallurgie, nämlich 16% v. H. Und die einfachen Gefahren der Ueberanstrengung, die ungeheuerlichen Temperaturverhältnisse usw. werden in diesem Industriezweige noch durch die der Ansteking mit der Tuberkulose oder der Syphilis verbunden. Der Grund ist sehr einfach; denn in dieser Industrie müssen die verschiedenen Individuen in die gleichen Höfen blasen. Da darüber weiter nichts hinzugefügt zu werden. In dieser Industrie würde es sich nicht allein um ein Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche handeln müssen, sondern auch, und zwar ganz besonders, um eine energische Bekämpfung der italienischen Kinderverkäufer, der „padroni“. Es ist ja bekannt, daß diese zu Hunderten kleine Sklaven von acht bis zwölf Jahren aus den elendesten Gegenden Italiens zusammentrassen, nach Frankreich und auch in andere Industrieländer führen, um sie dort gegen Löhne von 1 Frank bis 1,20 Frank täglich zu verdingen.

Diese Zustände müssen unbedingt beseitigt werden, und es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß weite Kreise ernstlich darauf bedacht sind, Abhilfe zu schaffen. Wie es heißt, wird schon in der nächsten Zeit die französische Deputiertenkammer Gelegenheit haben, sich mit einem Antrage zu beschäftigen, der das völlige Verbot der Nachtarbeit der Kinder anstrebt. Hoffentlich findet ein solcher Antrag die genügende Unterstützung.

Die 428. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 15. Januar, abends 7 Uhr, im Konzertsaal der Kgl. Hochschule für Musik (Gardenbergstraße) statt. Es werden mitwirken: der Erste Männer-Gesangverein unter Leitung von Herrn Professor Max Slang, Fräulein Anna Goertner (Solo-Gesang), Herr Professor W. Woffe, Kgl. Kammer-virtuose (Harfe).

### Gewerksvereins-Teil.

§ Berlin. Am Sonntag, 11. Dezember 1910, hielt im Verbandshaus der Zentral-Arbeiterschaft der Berliner Ortsvereine (S.-D.) seine Jahresversammlung ab. 32 Ortsvereine waren durch Dele-

gier vertreten; außerdem der geschäftsführende Ausschuss durch den Kollegen Neustädt, der Generalrat der Maschinenbau- und Metallarbeiter durch den Kollegen F. Schumacher, der Generalrat der Schuhmacher und Lederarbeiter durch den Kollegen Sturm. Der in erster Linie vom Schriftführer A. Müller vortragene Tätigkeitsbericht des Vorstandes sowie der Finanzbericht des Kollegen Mäjer und der Bericht des Kollegen Angermann über die Ergebnisse der Arbeitsvermittlung während des Geschäftsjahres vom 1. Oktober 1909 bis 30. September 1910 wurden von den Anwesenden mit höchstem Interesse und lebhaftem Beifall aufgenommen. Aus den ziffermäßigen Einzelheiten dieser Berichte ließ sich ein weiterer erfreulicher Schritt zur gegenwärtigen Fortentwicklung des Arbeitsnachweises erkennen; beispielsweise konnte mit besonderer Genugtuung festgestellt werden, daß es trotz der auch noch im letzten Jahre wenig günstigen Geschäftslage dem Kollegen Angermann möglich war, etwa 300 Beschäftigungsstellen mehr als im Vorjahre Arbeit zu vermitteln.

Die zur Beratung stehenden Anträge, soweit sie eine gewisse Beschränkung der Arbeitsvermittlung sowie die Erhöhung der Beiträge forderten, wurden abgelehnt, die übrigen dem Vorstand zu weiterer Beratung überlassen. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Wiedereingewählt wurden die Kollegen Richard Berner als Vorsitzender, A. Müller als Schriftführer, P. Mäjer als Kassierer, als Beisitzer die Kollegen E. Kämpf (Lederarbeiter), Erbe (Fabrik- und Handarbeiter), Fräulein Anna Radlach (Frauen- und Mädchen); neu gewählt wurden die Kollegen Karl Müller (Graph. Beruf), Paul Lausch (Maschinenbauer). Die Wahl eines weiteren Vertreters im Vorstand ist den lombinierten Ortsvereinen der Maschinenbauer vorbehalten. Dasselbe ist bezüglich des Ortsvereins der Textilarbeiter der Fall, dessen Vertreter in der Versammlung fehlte.

**Leipzig.** Die letzte Vertreterversammlung gestaltete sich recht vielseitig. Am geschäftlichen Teile wurden verschiedene Eingänge zur Kenntnis gebracht. Der Theaterkommission wurde zur weiteren Erledigung ein Vortrag über die Internationale Hygiene-Ausstellung 1911 in Dresden mit Lichtbildern überwiesen. Der Ortsverein der Brauer gab bekannt, daß am 28. Januar in den Räumen des Kaufmännischen Vereinshauses eine größere Feiertagsfeier stattfinden, und lud zu zahlreichem Besuch ein. Das Ortsverbands-Sommerfest soll am Sonnabend, den 15. Juli, im Etablissement „Friedensfeld“ (Apollo) stattfinden. Ein Antrag des Ortsvereins der Maschinenbauer IV, Tombola betreffend, wurde angenommen.

Den Jahresbericht erstattete der Vorliegende Kollege Lehne. Die Diskussion hierüber gestaltete sich sehr lebhaft und wurde dem Vorstand von allen Seiten der warmste Dank ausgesprochen. Hierauf erstattete der Vorliegende der Agitationskommission, Kollege Grotz, in eingehender Weise den Jahresbericht, in dem lebhafteste Klage über das mangelnde Interesse vieler Kollegen geführt wurde.

Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Lehne (Fabrik- und Handarbeiter), 2. Vorsitzender Knecht (Brauer), Kassierer Rißsche (Schuhmacher), Schriftführer Peter (Schneider), Theaterkommission: Lehne, Nibel und Schumann. Vertreter im Nationalen Ausschuss: Lehne, Schumann und Peter. Ortsmann Rißsche. Bibliothek: Käseberg und Peter.

Der Vorliegende des Ortsverbandes soll zu gleicher Zeit auch Vorsitzender der Agitations-Kommission sein. Von Kollegen Schumann wurde der Wunsch ausge-

sprochen, die Kommission möchte sich mit der Frage der staatlichen Arbeitslosenversicherung befassen.

Vom Nationalen Ausschuss wurde berichtet, daß im Januar eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher Damajade Berlin über „Wohnungsnot“ sprechen wird. Das nationale Volksfest wird in üblicher Weise am 2. Juli im Prauerparken zu L. Stilleritz gefeiert. Ebenfalls soll Stellung genommen werden zu dem im Februar stattfindenden Ortskrankentafel-Bahnen, wobei zugleich die dann notwendige Aufstellung von Kandidaten hingewiesen wurde.

Kollege Rischweger brachte weiter eine Resolution der evangelischen Arbeiter-Vereine Sachsens zur Kenntnis. C. Peter, Sekretär.

### Verbands-Zeil. Bekanntmachung.

An die Vorstände der Ortsverbände!

Mitte Dezember v. J. sind an die Adressen der jeweiligen Schriftführer der Vorstände unserer Ortsverbände Formulare zur Anmeldung der Vorstandsmitglieder pro 1911 und zur Aufstellung eines Jahres-Majen-abschlusses für 1910 zugelandt worden. Die Anmeldungen der Vorstandsmitglieder müssen spätestens bis zum 20. d. M. in unseren Händen sein. Die Jahresabschlüsse sind bis zum 15. Februar dieses Jahres einzuenden. Wir richten an die geschäftsführenden Kollegen in den Ortsverbänden die dringende Bitte, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die Formulare so bald wie möglich, spätestens aber bis zu den oben angegebenen Terminen eingekandt werden. Namentlich kommt es auf die möglichst frühzeitige Anmeldung der Vorstände an, damit der jährliche Verkehr des geschäftsführenden Ausschusses mit den Ortsverbänden sich immer glatt abwickeln und eine rechtzeitige Fertigstellung des Adressenverzeichnis erfolgen kann.

Mit treuen Verbandsgrüßen  
Der geschäftsführende Ausschuss.  
F. Neustädt, Verbandssekretär.

### Frauen-Begräbnisliste des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (G.D.)

Ausleitung über eingegangene Beiträge.

Monat Dezember 1910.  
Fabrik- und Handarbeiter: Überbach M. 16,25, Graphische Beruf und Water: Berlin III 1,28, Waldenburg 0,54, Kaufleute: Einzelmitgl. 2553, 1,28, Kandidaten: Mattbor 6,90, Maschinenbau- und Metallarb.: Berlin V 13,43, Rathenow 2624, 2,16, Forstlandarb.: Einzelmitgl. 1278, 3,12, Stettin (204) 1,58, Schneider: Berlin IV 2,31, Stettin 0,50, Einzelmitgl. 1505, 0,70, Einzelmitgl. 2937, 1,08, Schiffsmänner: Einzelmitgl. 3893, 1,62, Schuhmacher und Lederarb.: Rixdorf 14,82, Weihenfeld 0,25, Zeit 3,36, Einzelmitgl. 1051, 1,54, Einzelmitgl. 2654, 2,34, Textilarbeiter: Rort 24,66, Tannhauzen 10,92, Einzelmitgl. 4,21, Töpfer: Bitterfeld 29,09, Einzelmitgl. 2850, 1,04, Summa Mark 138,95.

Berlin, im Januar 1911.  
A. Klein, Hauptkassierer. F. Neustädt, Hauptkontrollleur.

### Versammlungen.

**Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerksvereine (G. D.).** Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 11. Januar, Vortr. des Koll. Lewin über sozialpolit. Tagesfrag. Gäste willkommen. — **Gewerksvereins-Liedertafel (G. D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus bei: Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Sonnabend, 14. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Versammlung bei Melzer, Bergstr. 69. Jahresbericht, Regulatorporto. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter V.** Abds 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Damen bei Schumacher, Ekalierstr. 126. Experimentalvortrag des Herrn Rose: „Die Verwendbarkeit des Sauerstoffes“. Anträge zum Delegiertentag, Regulatorporto. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung Gesellschaft. 71. Tages-Ordnung: 1. Monatsbericht, 2. Jahresbericht, Bericht vom Zentralarbeitsnachweis, 4. Berichtedenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr, Ortsversammlung bei Krull, Rubusstr. 51. T. D.: Monats-, Jahres- u. Tätigkeitsberichte. Abrechnung d. Weihnachtsbillets.

### Orts- und Regionalverbände.

**Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanßen, Sandowstr. 42. — **Dortmund (Ortsverband).** Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, Vertreterversammlung mit Hinzuziehung sämtlicher Ausschüsse beim Wirt Rieve, Dortmund, Auf dem Berge 26. Tagesordnung: Neuwahl und unsere Zukunft. — **Duisburg (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hosenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Düsseldorf (Volksmissionsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandshaus, Rixdorfstr. 29. Sitzung. — **Erfeld (Barmen Ortsverband).** Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkamp, Erfeld, Eulenerstr. und Erholungstr. 42. — **Heisenfeld (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Hachen.** Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Sudewitz. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distrikterabend findet, jezt, Mittwoch im Monat i. Passage-Rest. Fr. Braubausstr. statt. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., „Gärtnerhaus“, Poststr., Distrikterstunde. — **Hersleb (Distrikterkl.).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Helm (Distrikterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Eiferstraße. — **Leipzig (Gewerksvereins-Liedertafel).** Die Übungsstunden haben jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Verkehrslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Kundschaftige Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Milbheim a. Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 38. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerksvereine).** Die Übungsstunden finden, jezt, Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Bohrerstr. 5, statt. Stimmbegierde Kollegen sind herzlich willkommen. — **Tegel (Distrikterklub für Tegel, Bergwald- und Reinholdsdorf).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Redner, Berlinstr. 88. Gäste willkommen. — **Weihenfeld a. S. (Gedankensammlung der Gewerksvereine).** Übungsstunden jeder Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal „Schreiehaus“, Schützenstraße. Gesangliche Gewerksvereinskollegen sind willkommen. — **Weihenfeld (Distrikterklub der Gewerksvereine).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

## Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

**Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!**  
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die  
**Frauen-Begräbnis-Kasse**  
des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.  
Eintrittsgeld 25 Pfg. • Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre.  
Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.  
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beiträtsalters 3 bis 9 Pfg.  
Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.  
Eingehende und Material versendet das Verbandsbureau:  
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

**Gez.** An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 0,75 Mk. durch den Ortsverbandskassierer August Seitensticker, Sangerstraße 61, gezahlt.  
**Mm a. D. (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Pflaungasse 17.

**Mechaniker,**  
der auf Hogenlampen gelernt hat, auch geübt in Fahrrad u. Autofahrzeugen ist, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, Stellung. Suchender ist Gewerksvereiner. Offerten erb. an H. Braeder, Stralsund, Frankenstr. 42.

**Chemnitz (Ortsverband).** Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Koll. Heide, Bergstr. 54, abends 7-8 Uhr ausgegahlt. — Der Arbeitsnachweis wird von Koll. Oswald Flisch, Seneffstr. 82, verwaltet. Sprechzeit wochentags von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.

**Schwülz (Ortsverband).** Allen durchreisenden Gewerksvereinskollegen wird für Nachtquartier eine Unterstützung von 60 Pfg. gezahlt. Kartenausgabe bei E. Tragsdorf, Bachstraße 2.

**Schöppingen (Ortsverb.).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei J. Stäbler, Bahnhofstr. 18.

### Schriften, die jeder Gewerksvereiner in seiner Bibliothek besitzen muß:

- Reform des Arbeitsrechts** von Stadtrat Dr. Fleisch, Frankfurt a. M. Der Preis der Schrift beträgt für Gewerksvereiner 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.
  - Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich** von Karl Goldschmidt. Ein Leitfaß für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908. Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.
  - Weltausstellung und Arbeiterbewegung.** Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 23,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.
  - Tätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerksvereine und ihres Verbandes 1907-1910.**
  - Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis von R. Schumacher.**
  - Neuregelung des Koalitionsrechts von B. Gleichauf.**
- Für die letztgenannten drei Schriften beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk.  
Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23, zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Bei kleineren Aufträgen ersuchen wir, den Betrag in Preismarken einzufenden.